

Mainz, den 7.11.2011

Pförtner- und Wachdienste bei der Bepo ...GdP-Brief an MP Kurt Beck

GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach fordert in einem Brief an MP Kurt Beck:

Haushaltsmittel für die Pförtner- und Wachdienste in den Liegenschaften der Bepo müssen dringend zur Verfügung gestellt werden. Eine Entscheidung zur Mitteleinstellung im vorgelegten Haushaltsentwurf ist dringend erforderlich!

Hintergrund:

Der aktuelle Einsparvorschlag des ISIM zur Gestaltung des Sachhaushaltes sieht in der Konsequenz vor, dass die Bewachung der BP-Liegenschaften in Rheinland-Pfalz zukünftig wieder mit Polizistinnen und Polizisten gestaltet werden muss.

Seit 1. April 2001 ist die Bewachung der BP-Liegenschaften durch Verträge mit einem privaten Dienstleister geregelt und Polizeikräfte konnten für Kerngeschäfte der Polizei freigesetzt werden. Haushaltsmittel in Höhe von 1,2 Mio. und Mehrforderungen durch Aufwendungen im Rahmen des Tariftreuegesetzes von 0,6 – 0,8 Mio. Euro durch die Sicherheitsfirma als Vertragspartner lehnte das ISIM ab **und die notwendigen Mittelansätze wurden nicht in den kommenden Haushaltsentwurf eingestellt.**

Die Verträge sind gekündigt und die Sicherheitsfirma leistet mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern **noch bis zum 31.12.2011** die Pförtner- und Wachdienste in den BP-Liegenschaften. Derzeit laufen die bp-internen Planungen zum Einsatz von Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei.

GdP-Bewertungen:

Die GdP sieht die Einsatzfähigkeit und vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten der Bereitschaftspolizei mit diesem Vorhaben auf dem Spiel!

Mit dieser Maßnahme werden Polizistinnen/Polizisten gebunden, die dann für den Dienst in einer Einsatzhundertschaft und auch im Wechselschichtdienst nicht mehr zur Verfügung stehen. Nach ersten Berechnungen kann man von 2 Einsatzzügen ausgehen, was dazu führt, dass die Bereitschaftspolizei keine zwei Einsatzhundertschaften mehr für Einsatzmaßnahmen stellen kann.

Neben den bereits vorhandenen Personalbindungen der Bereitschaftspolizei wird diese Personalverwendung das Minus bei den Operativkräften weiter steigern. Personelle Unterstützungen (Rotationsverfahren/Einsatzunterstützungen) der Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz werden ebenso zurückgehen wie beispielsweise die notwendigen Einsatzmaßnahmen durch geschlossene Einheiten in anderen Bundes-

ländern. Das Bund-Länder-Abkommen zur Vorhaltung von BP-Kräften wird aus GdP-Sicht dadurch in Rheinland-Pfalz in Frage gestellt.

Gefahren / Risiken:

Gleichzeitig sieht die GdP auch die Wertigkeit des Polizeiberufes in Gefahr und dies kann auch unter Beachtung notwendiger Einsparungen nicht gewollt sein!

Demotivation wird die Folge sein, wenn fertige Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nach einem 3jährigen Bachelorstudium in dieser dienstlichen Verwendung bei der Bepo eingesetzt werden. Ein Standortnachteil für Rheinland-Pfalz in der Anwerbung neuer Interessentinnen/Interessenten für den Polizeiberuf ist zu befürchten.

Natürlich wird auch der Aspekt eintreten, dass die mit hohem finanziellem Aufwand für die Polizeiarbeit ausgebildete FH-Absolventinnen/-Absolventen dadurch „...auf der Straße“ fehlen.

Bemerkenswert sind auch weitere zu erwartende Auswirkungen und Negativentwicklungen für den Polizeibereich. Schätzungsweise werden zwei bis drei Millionen Euro im Jahr dem Haushalt durch fehlende Einnahmen von Verwarnungsgeldern sowie finanziellen Rückvergütungen bei bundesweiten Unterstützungen verloren gehen. **Einnahmequellen solcher Art, spielen sicherlich in den kommenden Haushaltsplanungen eine Rolle... !?**

Neben den zu befürchtenden Auswirkungen für die Polizei sind auch arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte (drohende Entlassungen bei der Sicherheitsfirma) tangiert und können bei den Überlegungen der Landesregierung zu Einsparungen nicht wirklich gewollt sein.

Bisher liegen noch keine Antworten aus der Staatskanzlei vor!

Erste Meinungs- und Stimmungsbilder:

...ein Kollege bei der Bepo (Name ist der GdP bekannt):

„Mein Berufswunsch war es immer Polizist zu werden. Ich habe nicht eine FH-Ausbildung bei der Polizei durchlaufen, um Pförtner zu werden – und das ist nicht geringschätzig gemeint...!“

...Tina Horn / Vorsitzende – GdP-Fachausschuss Schutzpolizei:

„ Kolleginnen und Kollegen mit einem umfangreichen und kostenintensiven Bachelorstudium drücken nun wieder Ein- und Ausfahrtsschranken. Ich kann diese politische Entscheidung nicht verstehen oder gar akzeptieren.“

...Achim Eggert / GdP- Bezirksgruppenvors. und Vorsitzender GPR PP Koblenz:
„Die personellen Unterstützungsmöglichkeiten des Polizeipräsidiums Koblenz und auch der anderen Polizeibehörden und Einrichtungen durch die Bereitschaftspolizei werden durch diesen Fakt zurückgehen, das kann nicht gewollt sein.“

...Ralf Schreiber / Vorsitzender des GPR PP Mainz::
„Polizistinnen und Polizisten dürfen für eine solche Aufgabe nicht verwandt werden. Uns fehlen die Leute im Wechselschichtdienst und bei den verschiedensten Einsatzmaßnahmen und jetzt eine solche Regelung – das hatten wir doch vor zehn Jahren hinter uns gelassen.“

...Helmut Knerr / Stellvertr. GdP-Landesvors. und Vorsitzender Personalrat BP:
Ich bin total enttäuscht und kann die konkreten Auswirkungen noch nicht absehen - das wirft uns um Jahre zurück und verschärft die Personalsituation in der Bereitschaftspolizei dramatisch! Die Zeit läuft uns weg. Die Planungen und Regelungen laufen nach Anweisungen des ISIM bei der Bepo an. Die Verwendung von Polizistinnen und Polizisten bei -Wach- und Pförtnerdiensten- stellen Personalverschwendungen auf höchstem Niveau dar. In der Polizei versteht man die Welt nicht mehr und ich bin schon sehr auf Reaktionen gespannt!“

V.n.d.P.: Achim Recktenwald / GdP-Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei
67677 Enkenbach-Alsenborn, Birkenstraße 107